

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 96 (2016)
Heft: 1042

Artikel: Arbeit im Zeitalter der Roboter
Autor: Brynjolfsson, Erik / McAfee, Andrew
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeit im Zeitalter der Roboter

Die grosse Umwälzung des Arbeitsmarktes
hat gerade erst begonnen.
Wie die Politik reagieren könnte.

von Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee

Was uns die Science Fiction einst versprach, wird gerade in rasantem Tempo zur alltäglichen Realität. Auf den Strassen fahren Autos und Lastwagen, die sich selbst lenken. Maschinen¹ verstehen inzwischen unsere Sprache, finden heraus, was wir wollen, und erfüllen unsere Bedürfnisse. Sie haben gelernt, schlichte Prosa zu verfassen, neue wissenschaftliche Hypothesen zu entwickeln, Musik zu komponieren und uns – im wortwörtlichen Sinne – auf unseren eigenen Spielfeldern zu schlagen²: im Schach, Poker und sogar im Go.

Diese technologische Welle³ rollt gerade erst an, und es wird noch viel mehr auf uns zukommen. Zunächst werden die Grundlagen, die sie ermöglicht haben, noch besser. Die Kosten für Prozessoren, Speicher, Bandbreite, Sensoren und Serverraum werden weiterhin exponentiell fallen – Cloud Computing macht diese Ressourcen von überall auf der Welt zugänglich. Die Menge an digitalen Daten nimmt ebenfalls zu und erlaubt uns, Experimente durchzuführen, Thesen zu überprüfen und ganz allgemein immer mehr zu lernen. Gleichzeitig sind Milliarden von Menschen immer besser miteinander vernetzt. Sie können nicht nur jederzeit und zu gros-

Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee

sind die Gründer der MIT Initiative on the Digital Economy und forschen an der MIT Sloan School of Management. Sie sind die Autoren der Bestseller «Race against the Machine» (2011) und «The Second Machine Age» (2014).

sen Teilen kostenlos auf das gesamte Wissen der Welt zugreifen, sie erweitern dieses auch und ordnen es immer wieder neu. Das Reservoir an Erfindern, Unternehmern und Tüftlern wächst in Windeseile – und mit ihm die Chancen auf Durchbrüche.

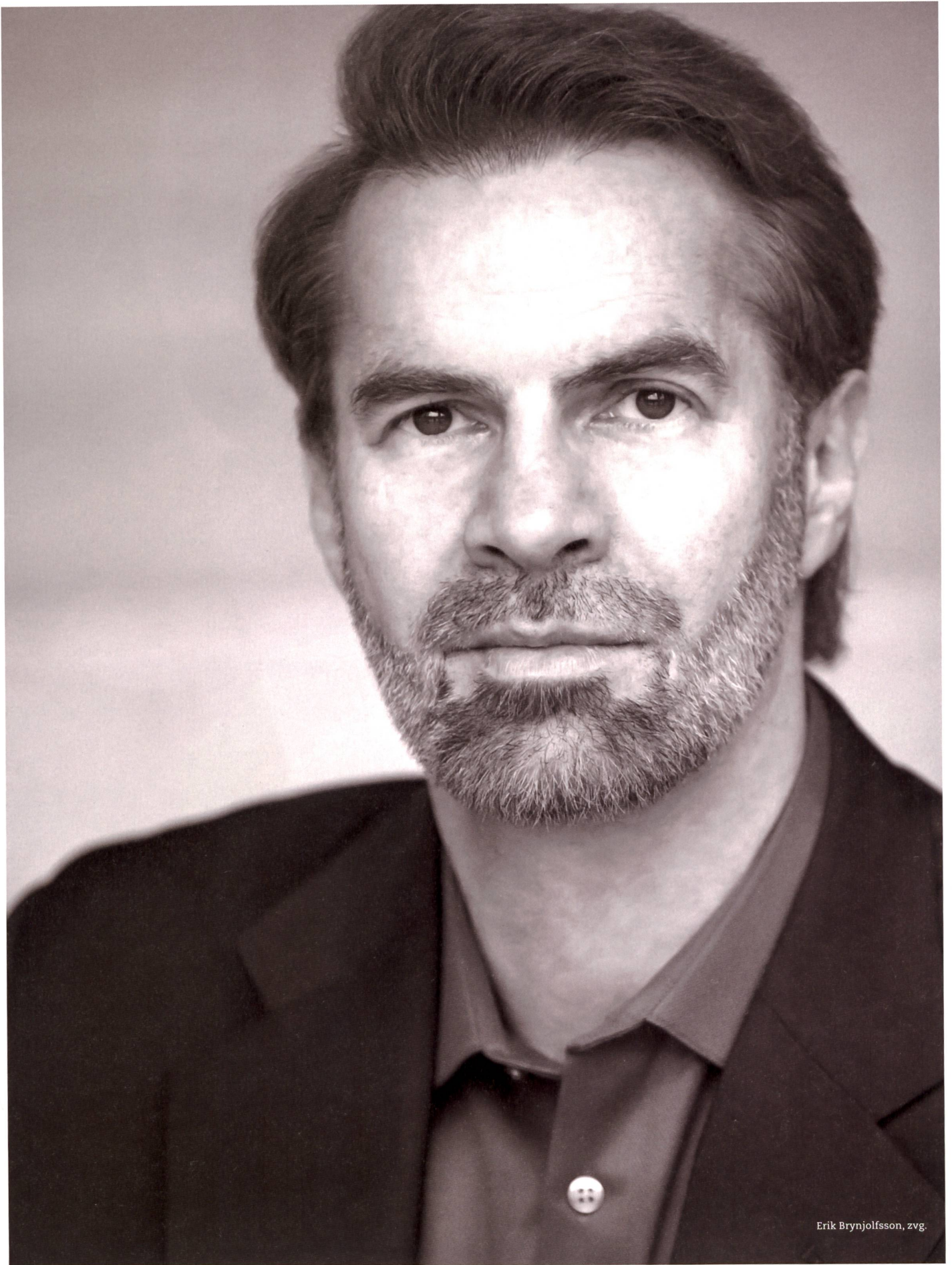
Besonders bedeutend aber ist dies: die Menschheit ist in jüngster Zeit sehr gut darin geworden, selbstdenkende Maschinen zu entwickeln. Indem sie zahlreiche Beispiele studieren, Muster erkennen und diese an neuen Beispielen anwenden, sind Computer auf manchen Gebieten fähig zu Leistungen auf menschlichem oder gar übermenschlichem Niveau: beim Erkennen von Strassenschildern etwa, bei der Analyse menschlicher Sprachmuster oder wenn es darum geht, Kreditkartenbetrug aufzudecken oder das Verhalten von Materialien unter verschiedenen Bedingungen zu simulieren. Das sind nur einige Beispiele.

Der Wissenschaftler und Philosoph Michael Polanyi hat wunderbar gesagt, warum es so bedeutend ist, wenn Maschinen selber lernen können: Wir Menschen «wissen mehr, als wir zu sagen ver-

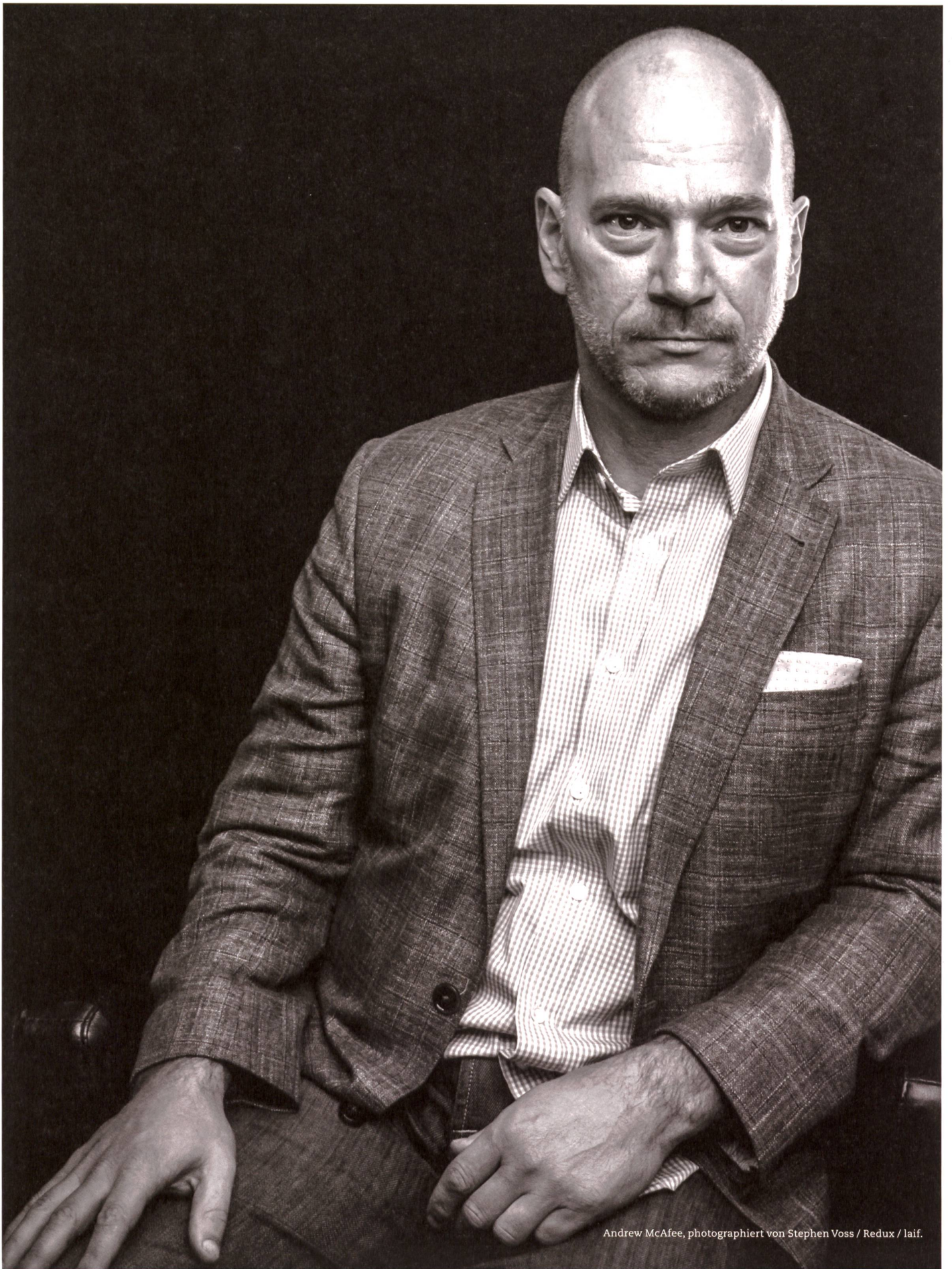
¹ <https://www.foreignaffairs.com/articles/2015-06-16/robots-are-coming>

² <https://qz.com/603313/googles-ai-just-cracked-the-game-that-supposedly-no-computer-could-beat/>

³ <https://www.foreignaffairs.com/articles/2015-06-15/hi-robot>



Erik Brynjolfsson, zvg.



Andrew McAfee, fotografiert von Stephen Voss / Redux / laif.

mögen». Diese Tatsache machte es lange Zeit fast unmöglich, gewisse Arbeiten zu digitalisieren. Wenn kein Mensch die nächsten Schritte nach Abschluss einer Aufgabe wirklich erklären kann, dann kann sie auch kein Programmierer in Software einbauen. Die Fortschritte der jüngsten Zeit räumen die Hürde des «Polanyi-Paradoxons» aus dem Weg – Menschen können nun auch dann lernen, wenn kein Mensch sie unterrichten kann.

Das hat Folgen. Jobs, die in irgendeiner Form mit dem Erkennen von Mustern zu tun haben – vom Kundendienst bis zu medizinischen Diagnosen –, werden zunehmend von Maschinen übernommen⁴. Weil amerikanische Unternehmen die aktivsten Produzenten der Welt sind und Technologie begeistert einsetzen, dürften die Effekte dieser digitalen Revolution mit grosser Wahrscheinlichkeit als erstes in den USA sichtbar werden. Tieflohnjobs sind hier besonders gefährdet: In seinem jüngsten Bericht an den Präsidenten schätzt der Council of Economic Advisers, das amerikanische Pendant der Wirtschaftsweisen, dass 83 Prozent der Jobs mit einem Stundenlohn von unter 20 Dollar automatisiert werden könnten. Das ist so drastisch, dass sich die Politik Gedanken machen muss, wie Schwache⁵ geschützt und gleichzeitig die Früchte dieses neuen Zeitalters geerntet werden können.

Die Entscheide, die wir jetzt fällen, werden besonders grosse Konsequenzen haben. Falsche Eingriffe können die ökonomischen Zukunftschancen von Millionen Menschen zerstören und sie dem Rennen gegen die Maschinen ausliefern – sinnvolle hingegen sorgen dafür, dass sie mithalten können, während die Technologie weiterreilt. Um dabei gute von schlechten Ideen zu unterscheiden, sollten wir uns an zwei Prinzipien orientieren.

Erstens: Wir sollten auf Flexibilität und Experimente setzen, statt den Wandel aufzuhalten.

Zweitens: Wir sollten zur Arbeit ermächtigen, statt uns auf deren Abschaffung vorzubereiten.

Lassen Sie uns beides etwas ausführen.

1. Eine flexiblere Wirtschaft

In Zeiten schnellen Wandels, wenn die Welt noch unberechenbarer ist als sonst, sollten sich Menschen und Organisationen mehr Freiheit zum Experimentieren nehmen. Anders ausgedrückt: wenn ein Aspekt jener schöpferischen Zerstörung, die dem Kapitalismus innewohnt, heftiger wird – in diesem Fall der Ersatz von kognitiver Arbeit durch digitale Technologien –, ist die richtige Antwort darauf, andere Elemente im System ebenfalls zu beschleunigen. Das ist nicht einfach. Natürlich ist es völlig unvernünftig, an einer alten Ordnung starr festhalten zu wollen, wenn alles umgegraben wird. Die Geschichte hat nur leider immer wieder gezeigt, dass wir der Versuchung kaum widerstehen können.

Anzeichen dafür finden sich auch heute wieder. Obwohl die Zeiten eindeutig nach mehr Flexibilität verlangen würden, scheint sich die Politik in die entgegengesetzte Richtung zu bewegen. In den USA haben unternehmerische Dynamik und Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes abgenommen. Neugründungen, Arbeitsplatz-

wachstum in jungen Firmen, die Mobilität von Arbeitnehmenden zwischen verschiedenen Jobs oder Städten – all diese und weitere Kennzahlen zeigen seit Beginn der Grossen Rezession Ende 2007 kontinuierlich nach unten.

Der Ökonom John Haltiwanger nennt dieses Phänomen einen «Tod durch tausend kleine Stiche». Diese Stiche zeigen sich oft in der Form von Restriktionen, die bestimmten Geschäftszweigen auferlegt werden. In den 1950er Jahren brauchten nur etwa 5 Prozent aller Arbeitnehmer in den USA eine Bewilligung, um ihrer Arbeit nachgehen zu können, wie der Ökonom Morris Kleiner aufgezeigt hat. 2008 hingegen war diese Zahl auf fast 30 Prozent gestiegen – und in vielen europäischen Ländern sieht die Entwicklung ähnlich aus. Manche der Vorgaben sind absurd: So müssen Menschen im Bundesstaat Tennessee 70 Übungstage und zwei Prüfungen hinter sich bringen, um in Salons als Haarwaschhilfen tätig sein zu dürfen – während der durchschnittliche Notfallsanitäter gleichzeitig nur 33 Trainingstage vorweisen muss. «Das Bewilligungswesen trägt möglicherweise zu einigen der Probleme auf dem Arbeitsmarkt bei, beispielsweise zu einer geringeren Erwerbsbeteiligung, vermehrter Langzeitarbeitslosigkeit und einer höheren Rate der Teilzeitarbeit», sagte Jason Furman, Mitglied des bereits zitierten Council of Economic Advisers, 2015⁶.

In den USA haben manche Bundesstaaten angefangen, das zu ändern. So reichten Gesetzgeber in North Carolina einen Vorstoss ein, um 15 verschiedene Bewilligungsverfahren abzuschaffen, darunter jene für Seelsorger und Bewässerungstechniker. Es sollte noch mehr solche Vorstösse geben. Wie viel dadurch gewonnen wird, ist nicht ganz klar – aber es ist bestimmt etwas wert, es herauszufinden.

Weg mit den Pfründen

Junge und schnell wachsende Tech-Unternehmen sehen sich derweil mit einem anderen Problem konfrontiert: mit etablierten Interessengruppen, die sich ihre Pfründe sichern wollen. Tesla beispielsweise würde seine beliebten Elektroautos eigentlich zu festen Preisen selber verkaufen – doch genau das verbietet ihnen und anderen Autoproduzenten in sechs Bundesstaaten das Gesetz. Der Fahrdienst Uber wiederum muss weltweit in einer Stadt nach der anderen gegen die Taxi-Regulierer kämpfen – obwohl Kunden wie Fahrer Uber offensichtlich schätzen. Solche Abwehrschlachten sind starke Indizien für sogenannte «gekaperte Regulierung» – für das Phänomen also, wenn Ämter oder letztlich der Staat nicht zugunsten der Bürger, sondern zugunsten bestimmter Spezialinteressen handeln. Selbstverständlich sollten Start-ups ihre Steuern zahlen und eine gewisse Sicherheit gewährleisten. Sie sollten allerdings nicht dank der Machenschaften von Platzhirschen aus Märkten ferngehalten werden.

⁴ <https://www.foreignaffairs.com/articles/2015-06-16/will-humans-go-way-horses>

⁵ <https://www.foreignaffairs.com/articles/2015-06-16/next-safety-net>

⁶ <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/truth-about-american-unemployment>

In diesen Regulierungsschlachten zwischen Start-ups und Etablierten geben die Verteidiger des Status quo oft an, für gleich lange Spiesse zu kämpfen. Nur sind die Spiesse im heutigen Umfeld eben gerade nicht gleich lang, sondern etablierte Unternehmen oft begünstigt. Das hat mit einer grundsätzlichen Entwicklung zu tun: Viele Regulierungen sind geschaffen worden, um Konsumenten vor Informationsasymmetrien zu schützen. Nur ergibt genau das im Informationszeitalter keinen Sinn mehr: Bezüglich vieler Güter und Dienstleistungen wissen Konsumenten heute mehr als je zuvor, von der exakten Routenwahl eines Lyft-Fahrers bis zur Zufriedenheit früherer Airbnb-Gäste. Fahrer von Uber oder Lyft geben sich grosse Mühe, ihre Autos sauber zu halten und sich kundenfreundlich zu verhalten, weil Gäste sie nach jeder Fahrt bewerten können – keine noch so engagierte Aufsicht könnte Taxifahrer so gründlich und regelmässig prüfen. «Die Uber-Methode ist besser für Fahrgäste», hat selbst Eric Spiegelman, Präsident der Taxi-Kommission von Los Angeles, eingeräumt. Digitale Technologien machen Informationen in mehr und mehr Märkten zugänglich. Entsprechend sollte der Regulierungsbedarf nicht zu-, sondern abnehmen.

Ein flexiblerer Umgang mit Wirtschaft bedingt allerdings zwingend eines: hervorragendes Datenmaterial. Experimente bringen nur etwas, wenn man die Effekte eines bestimmten Versuchs auch wirklich kennt. Es ist darum unglücklich, dass das amerikanische Parlament das Budget des Amtes für Arbeitsmarktstatistik zwischen 2010 und 2015 in realen Wer-

ten um 11 Prozent gekürzt hat. Unternehmen, Politiker und Akademiker sind in hohem Masse auf diese Angaben angewiesen. Sehr viel erfreulicher ist da die Open Government Initiative⁷ des Noch-Präsidenten. Barack Obama hat 2013 offen verfügbare und computerlesbare Daten zum «neuen Standard für staatliche Daten» erklärt. Je mehr Daten uns zur Verfügung stehen, desto mehr lernen wir – und dem Staat kommt hier eine wichtige Rolle zu. Um es mit den Worten des Ökonomen Larry Summers zu sagen: «Daten sind das ultimative öffentliche Gut.»

Ein neues Verständnis von Erwerbsarbeit

Mehr Flexibilität ist aber auch angesagt, wenn es ganz spezifisch um Arbeitsverhältnisse geht. Heute verlangen die meisten Staaten von Unternehmen, dass sie Mitarbeiter offiziell entweder als Angestellte oder als freie Auftragnehmer behandeln. In den USA entscheidet diese amtlich geprüfte Einteilung etwa darüber, ob jemand einer Gewerkschaft beitreten darf, seine Überstunden zu bezahlen und Betriebsunfälle zu versichern sind.

In den letzten zehn Jahren hat jedoch die Vielfalt von Arbeitsverhältnissen stark zugenommen. Zahlen der Ökonomen Lawrence Katz und Alan Krueger zeigen, dass 2005 etwa 10 Prozent aller Arbeitnehmer in sogenannten «alternativen Verhältnissen» ar-

beiteten – also temporär, auf Abruf, im Auftrag oder ähnliches. 2015 war der Anteil bereits auf 16 Prozent gestiegen. Angesichts der wachsenden «On Demand»-Wirtschaft und von Arbeitsbörsen wie TaskRabbit und Upwork

«Das ist so drastisch, dass sich die Politik Gedanken machen muss.»

Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee

«Der Wert von Arbeit geht weit über das Finanzielle hinaus.»

Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee

ist davon auszugehen, dass dieser Anteil weiter steigen wird. Im Moment verdienen nur 0,4 Prozent der Erwerbstätigen so ihren Hauptlebensunterhalt – auch dieser Wert dürfte allerdings rasch steigen.

Entsprechend werden zunehmend Forderungen laut, die Klassifizierung von Arbeitnehmern zu reformieren. Krueger etwa hat gemeinsam mit Seth Harris, einem früheren Vizearbeitsminister, die Einführung eines neuen Status als «unabhängiger Arbeitnehmer» vorgeschlagen⁷. Diesen Unabhängigen stünden weder Überzeitschädigung noch Arbeitslosengeld zu. Sie wären aber durch ein Antidiskriminierungsgesetz geschützt, hätten das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, und ihre Arbeitgeber – ob virtuell oder offline – müssten Sozialabgaben leisten. Solche Ideen sollten ernsthaft geprüft werden, insbesondere darauf, wie sie umgesetzt werden könnten, ohne die Verhältnisse noch komplizierter zu machen.

Unbefristete Vollzeitjobs haben in den USA wie in vielen anderen Ländern eine grosse und wohlhabende Mittelschicht heranwachsen lassen. Es ist entsprechend verlockend, sich für den Schutz genau solcher Arbeitsverhältnisse einzusetzen. Politiker sollten dabei allerdings zwei Dinge bedenken. Erstens wollen längst nicht alle Menschen einen klassischen Industriezeitalter-

andere Arten von Anstellungsverhältnissen erschwert werden – führen nur zu einem zunehmenden Graben zwischen einem kleinen Kreis geschützter Angestellter und einer wachsenden Gruppe Ausgeschlossener.

Ganz grundsätzlich zwingt der technologische Wandel der Politik eine ganze Reihe neuer und unvorhersehbarer Fragen auf. Es hilft, sich dabei immer wieder an grundsätzlichen Ideen zu orientieren: Hürden abzubauen, für mehr Flexibilität zu sorgen und Anpassungsfähigkeit zu stärken. Sollten, beispielsweise, Schulen die Möglichkeit haben, ihre stärksten Lehrer zu belohnen und ihre schwächsten zu entlassen? Auf jeden Fall – gerade weil Studien immer wieder betonen, wie wichtig gute Lehrer für den Erfolg ihrer Schüler sind. Sollten neue Mitarbeiter schon bei ihrem Eintritt Konkurrenzverbote unterschreiben müssen? Nein. Sollte der Staat unkonventionelle Bildungsangebote wie etwa Programmier-Sommerlager mit Studiendarlehen unterstützen, selbst wenn sie nicht von altherwürdigen Anbietern organisiert sind? Ja.

Selbstverständlich stehen Flexibilität und Dynamik nicht über allem. Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sind essenziell, ebenso klare Verantwortlichkeiten für Schäden. Genau darum geht es: sinnvolle Schutzmassnahmen von solchen zu un-

Job. Vor allem aber ist es, zweitens, schlicht und einfach unmöglich, die Mittelschicht der Nachkriegszeit über Regulierungen wieder herbeizuzaubern. Versuche in diese Richtung – indem beispielsweise Unternehmen

⁷ <https://www.whitehouse.gov/open>

⁸ https://www.hamiltonproject.org/assets/files/modernizing_labor_laws_for_twenty_first_century_work_krueger_harris.pdf

terscheiden, die lediglich dem Protektionismus etablierter Unternehmen dienen und Wandel verhindern.

2. Die Idee des Grundeinkommens

So viel zum Prinzip der Flexibilität. Dass wir als zweites Prinzip dazu ermuntern, zur Arbeit zu ermächtigen, hat einen einfachen Grund: der Wert des Arbeitens sowohl für den einzelnen als auch für die Gemeinschaft geht weit über das Finanzielle hinaus. In den Worten Voltaires: «Die Arbeit hält drei grosse Übel fern: die Langeweile, das Laster und die Not.» Aber ist es damit nicht vorbei? Schliesslich sagte eine Studie von Carl Benedikt Frey und Michael Osborne von der Universität Oxford 2013 voraus, dass fast die Hälfte aller Jobs in den USA automatisiert werden wird. Das müsste im Grunde doch Anlass sein für radikale politische Antworten. Die prominenteste davon ist das bedingungslose Grundeinkommen: staatliches Geld für alle Bürger, unabhängig von deren Bedarf.

Die Idee hat in der Vergangenheit prominente Unterstützung erfahren – von Martin Luther King, Jr. bis zu Präsident Richard Nixon – und ihre Beliebtheit nimmt zu. Finnland und einige niederländische Städte prüfen die Einführung, die Schweiz hat bereits über eine entsprechende Initiative abgestimmt. In den USA findet das Grundeinkommen sehr unterschiedliche Befürworter, darunter den libertären Sozialwissenschaftler Charles Murray, den Tech-Unternehmer Sam Altman und den früheren Gewerkschaftspräsidenten Andy Stern.

In einer Zeit, in der viele Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können, erstaunt die Attraktivität dieser Idee nicht. Doch die Kosten, einer derart grossen Bevölkerung wie derjenigen der USA nur schon ein kleines Grundeinkommen ausbezahlen, sind verboten hoch. 2014 gab es in diesem Land 134 Millionen Haushalte mit durchschnittlich 2,6 Personen. Das offizielle Existenzminimum für einen Haushalt dieser Grösse lag bei jährlich 18 000 Dollar. Würde der Staat diesen Betrag als bedingungsloses Grundeinkommen ausbezahlen, würde ihn das 2,4 Billionen Dollar im Jahr kosten – das sind drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen von 2014. Das ist bei den aktuellen Höhen des Bruttosozialprodukts schlicht nicht zu bewältigen.

Die meisten realistischen Vorschläge für ein Grundeinkommen sind entsprechend deutlich bescheidener und nicht wirklich universell. Wie allerdings solch halbherzige Varianten der Idee wiederum die Folgen massiver Arbeitslosigkeit abmildern sollen, ist schwer nachzuvollziehen.

Der Wert von Arbeit

Doch noch sind politische Massnahmen für eine Zeit ohne Arbeit glücklicherweise nicht nötig – aus dem einfachen Grund, dass die Ära technologischer Massenarbeitslosigkeit nicht unmittelbar bevorsteht. Die Studie von Frey und Osborne und der ganz zu Anfang erwähnte Bericht der Wirtschaftsweisen erwähnen keinen Zeithorizont für ihre Prognosen. Wie die Autoren selber er-

klären, basiert ihre Methodik auf subjektiven Einschätzungen zur Automatisierbarkeit von Jobs und unternimmt nicht den Versuch, technologiebasiertes Arbeitsplatzwachstum in die Gleichung mit einzubeziehen. Ebenso wenig lässt die Arbeitsplatzstatistik in den USA darauf schliessen, dass die besten Zeiten im Arbeitsmarkt tatsächlich bald hinter uns liegen. Seit Rezessionsende im Juli 2009 bis März 2016 hat die Anzahl Jobs monatlich um netto 160 000 neue Stellen zugenommen. In derselben Zeit ist die Arbeitslosenrate von 10 Prozent auf 5 Prozent gefallen.

Dennoch gibt es durchaus eindeutige Anzeichen, dass dieses starke jüngste Jobwachstum eher als Ausreisser zu sehen ist. Der Arbeitsmarkt leidet unter signifikanten Schwächen. So ist die Arbeitslosenrate unter anderem deshalb so tief, weil sie sich nicht auf die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung bezieht, sondern auf die tatsächlich erwerbstätige oder offiziell arbeitssuchende Bevölkerung. Diese Erwerbsbeteiligung aber ist während der Rezession stark gefallen und hat sich seither nur leicht erholt. Seit 2011 sind weniger als 82 Prozent der Amerikaner im arbeitsfähigen Alter erwerbstätig – so wenige wie seit mehr als 30 Jahren nicht mehr, als viele Frauen nicht erwerbstätig waren. Wenig überraschend sind seit Rezessionsende auch die Löhne kaum gestiegen.

Diese tiefen Zahlen sind beunruhigend. Nicht nur, weil für viele Leute die Erwerbsarbeit ihr einziges Einkommen sichert. Arbeit gibt vielen Menschen auch einen Lebenssinn. Eine hohe Arbeitslosenrate sei «für ein Quartier verheerender als verbreitete Armut», schrieb einst der Soziologe William Julius Wilson, und eine beachtliche Menge an Forschung stützt diese Aussage. Als in den letzten Jahren die Jobaussichten für Amerikas niedrigqualifizierte Arbeitnehmer sanken, stellten Robert Putnam, Charles Murray und weitere Sozialwissenschaftler in der Folge beunruhigende Entwicklungen fest: eine Abnahme des sozialen Zusammenhalts und des Bürgerengagements, steigende Scheidungsraten, mehr unbetreute Kinder, gestiegenen Drogenmissbrauch und Kriminalität. 2015 publizierten die Ökonomen Anne Case und Angus Deaton eine erschreckende Studie: während die Todesfallquote für die meisten Bevölkerungsgruppen in den Jahren zuvor stetig abgenommen hatte, war sie bei Weissen im mittleren Alter angestiegen – darunter besonders für jene ohne Schulabschluss. Fast der gesamte Anstieg liess sich dabei auf drei Ursachen zurückführen: Suizid, Leberzirrhosen und akute Alkohol- oder Drogenvergiftung.

Die Gründe für dieses Leiden sind natürlich vielfältig. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung tragen aber zweifelsohne dazu bei. Schwer geprüften Gemeinschaften würden mehr Jobchancen und entsprechende Anreize zur Erwerbsarbeit sicherlich helfen. «Sinnstiftende Arbeit zu bieten ist jeder Art von Spende überlegen» – so sagte es einst Präsident Franklin D. Roosevelt.

⁹ <https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2015/04/23/a-stunning-visualization-of-our-divided-congress/>

Experimente, die helfen könnten

Gerade weil der Wert von Arbeit für einzelne, Haushalte und die Gesellschaft weit über das Finanzielle hinausgeht, sollte die Politik Beschäftigung fördern. Anders als das Grundeinkommen tut das Instrument der Lohnsubvention genau das. Die USA kennen wie manche anderen Staaten eine solche Subvention in Form des «Earned Income Tax Credit», eines Steuerabzugs von bis zu 6242 Dollar für eine Familie mit drei oder mehr Kindern. Während das Grundeinkommen bedingungslos verteilt würde, kommt dieser Abzug nur Personen mit einem Erwerbseinkommen zugute – und wirkt somit als direkter Anreiz zur Erwerbstätigkeit.

Ein Experiment lieferte in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren eindruckliche Belege für die Wirksamkeit eines solchen Anreizes. Tausende Haushalte in Denver und Seattle erhielten damals unterschiedliche Kombinationen eines relativ grosszügigen Grundeinkommens und einer Lohnsubvention. Die Resultate waren eindeutig und konsistent: in beiden Städten leisteten Männer wie Frauen weniger Erwerbsarbeit, und die Wahrscheinlichkeit von Trennungen stieg. Allerdings korrelierten diese Effekte deutlich mit dem Erhalt eines Grundeinkommens, nicht aber mit gewährten Lohnsubventionen – was darauf hindeutet, dass nicht eine Unterstützung an sich, sondern eine von Arbeitsleistung unabhängige Unterstützung die Lage verschlimmert. Lohnsubventionen ermutigen im Gegenteil eher dazu, mehr zu arbeiten, wie die Ökonomen Raj Chetty, John Friedman und Emmanuel Saez in ihrer Forschung aufgezeigt haben.

Im Moment jedoch genießt eine andere Idee mehr öffentlichen Rückhalt: eine Erhöhung des Mindestlohns. Der landesweite Mindestlohn beträgt in den USA heute 7.25 Dollar pro Stunde, und kein Gliedstaat kennt einen höheren Mindestlohn als 10 Dollar. In vielen Staaten und Gemeinden fordern Bürger allerdings vehement eine Erhöhung auf bis zu 15 Dollar. An einigen Orten hatten sie Erfolg: New York und Kalifornien werden bis ins Jahr 2018 beziehungsweise 2022 auf 15 Dollar erhöhen.

Es ist ein ehrenwertes Ziel, die Belohnung für Erwerbsarbeit erhöhen zu wollen. Nur sind bedeutend höhere Mindestlöhne nicht unbedingt die beste Art, es zu erreichen. Verteuert sich Arbeit, fragen Unternehmen unter sonst gleichen Bedingungen tendenziell weniger davon nach. Es stimmt zwar, dass die beachtliche Zahl von Forschungsarbeiten zum Mindestlohn nach einer Erhöhung jeweils nur leichte Rückgänge der Beschäftigung feststellt. Es stimmt aber auch, dass die verschiedenen Schätzungen zu den Effekten sich stark unterscheiden und dass sich ein Grossteil dieser Forschungen auf bescheidene Erhöhungen beschränkt. Es gibt Anzeichen dafür, dass Aufschläge von 50 Prozent oder noch mehr die Jobaussichten für die ärmsten und am wenigsten qualifizierten Arbeitnehmer verschlechtern könnten – ein besonders unerwünschter Effekt in Zeiten flauer Beschäftigung. «Will man Risiken vermeiden, ist das nicht das geeignete Ausmass, um etwas auszuprobieren», sagt Arindrajit Dube, ein Ökonom, der die Auswirkungen von Mindestlohnerhöhungen untersucht hat. Die si-

cherste Kombination von Massnahmen wäre also ein moderater Mindestlohn mit einem grosszügig ausgebauten Steuerabzug oder ähnlichen Lohnsubventionen. Es sollten schliesslich nicht nur Anreize für Arbeitnehmer geschaffen werden, sondern auch welche für Arbeitgeber – und drastisch höhere Mindestlöhne hätten den gegenteiligen Effekt.

Die Macht der Bürger

Klüger werdende Maschinen werden die Welt verändern, so wie Elektrizität, Verbrennungsmotoren und Dampfmaschinen es in der Vergangenheit getan haben. Neue Technologien ermöglichen einen Produktivitätsschub und mehr Wohlstand. Sie werden aber auch den Arbeitsmarkt auf den Kopf stellen.

Es ist unmöglich, in Zeiten der Umwälzung genau vorherzusagen, welche Effekte die Beschäftigten spüren werden. Ein gewisser Pessimismus, ob die vorgeschlagenen Massnahmen je umgesetzt werden könnten, ist angebracht. Die Polarisierung im amerikanischen Parlament⁹ ist so hoch wie nie seit Kriegsende, und in den Monaten vor der Präsidentenwahl haben es sämtliche Kandidaten grösstenteils vermieden, zu ökonomischen Herausforderungen Stellung zu nehmen. Die Lähmung bleibt. Es steht ausser Frage, dass die Politik hinter der technologischen Entwicklung herhinken wird.

Ein paar Gründe zur Hoffnung aber gibt es doch. Einer ist, dass der Steuerabzug bislang von beiden Parteien unterstützt wurde. Beide haben sich dafür ausgesprochen, ihn grosszügiger auszugestalten und auch jüngeren Arbeitnehmern zu gewähren. Ganz grundsätzlich scheinen beide Parteien Massnahmen zu begrüssen, die direkte Anreize zur Arbeit schaffen – möglicherweise, weil das der Bewunderung der Amerikaner für Fleiss entspricht, die Besuchern seit Alexis de Tocqueville immer wieder aufgefallen ist. Es lohnte sich, noch mehr Experimente in dieser Richtung zu unternehmen, um die Trade-offs und Effekte verschiedener Massnahmen noch besser zu verstehen.

Was das Prinzip der Flexibilisierung betrifft, so gewinnt auch das an Unterstützung, wenn auch eher stückchenweise. Verschiedene Städte und Bundesstaaten arbeiten daran, Bewilligungsvorschriften und andere starre Regulierungen zu lockern und besser auf die Bedürfnisse und Bedingungen einer On-Demand-Wirtschaft einzugehen. Weil Regulierungen über alle staatlichen Ebenen hinweg existieren, würden Erwartungen an einen grossen Befreiungsschlag wohl enttäuscht. Es bleibt allerdings weiterhin erlaubt, immer wieder auf das Thema hinzuweisen – sowie die Ursachen der abnehmenden Dynamik weiter zu untersuchen.

Der Auftritt intelligenter Computer könnte und sollte als gute Nachricht für die Volkswirtschaft gesehen werden. Er wird mehr Wohlstand, eine weiter verbesserte Gesundheit und anderen Nutzen mit sich bringen, der sich jetzt noch nicht vorhersehen lässt. Der neu gewonnene Wohlstand aber wird nicht automatisch einer breiten Bevölkerung zugute kommen. Dazu wird es, auch im neuen Zeitalter der Maschinen, die Menschen brauchen. ◀